

Im Strandbad bleibt alles beim Alten

Die Landwirtschaftsstrategie stiess im Einwohnerrat mehrheitlich auf positives Echo. Beide Bauabrechnungen wurden einstimmig genehmigt.

STEIN AM RHEIN Es erinnerte an die vor Jahren geführten Diskussionen um das Strandbad Riipark, was der Einwohnerrat Stein am Rhein als Antwort auf das Postulat der GLP, eingereicht durch Christoph Stamm und Beat Leu, zu hören bekam. Erstmals geleitet wurde die Sitzung durch Waltraud Zepf Getto. Auslöser für das Postulat der GLP waren die massiven Defizite des Riiparks; sie schwanken zwischen 130 000 und 160 000 Franken jährlich. Das Postulat forderte ein Konzept mit einem möglichst hohen Deckungsgrad.

Die Antwort des Stadtrates war klar. Es bleibt dabei, dass keine Eintritte erhoben werden. Man habe einen Experten beigezogen und verschiedene Modelle überprüft. Dabei lag das Augenmerk auch auf der Sicherheit. «Der Betrieb, so wie er ist, lässt sich günstiger führen», zog Stadtrat Ueli Böhni (GLP) den Schluss aus der Überprüfung. Würde man Eintritt erheben, müsste ein Bademeister angestellt werden. Das hätte beträchtliche Mehrkosten zur Folge. Wie den Ausführungen Böhnis zu entnehmen war, lässt sich das Loch durch eine Erhöhung der Parkgebühren verkleinern. Das würde die auswärtigen Besucher stärker zur Kasse bitten, die zwei Drittel der Besucher ausmachen.

Diesen Umstand hatte Boris Altmann, parteilos, bemängelt: «Wir subventionieren ein gutes Angebot für andere Gemeinden.» Die Überprüfung ergab auch, dass im Espi-Bad grössere Sicherheitsmängel bestehen. «Der Steg ist sicherheitstechnisch nicht vertretbar», so Böhni. Er betonte denn auch, dass der Stadtrat sofort Massnahmen ergreifen werde.

Stamm erkundigte sich noch nach den Unterschieden in der Aufsichtspflicht. Mit der jetzigen Lösung besteht dann eine Aufsichtspflicht, wenn die Zusatzanlagen, zum Beispiel der Sprungturm,

offen sind. Sollte ein Bademeister angestellt werden, müsste die Aufsicht lückenlos gewährleistet sein. Die Postulanten zeigten sich mit der Antwort zufrieden. Der Rat schrieb das Postulat ab.

Positive Strategie zur Landwirtschaft

Die Ausarbeitung der Orientierungsvorlage «Landwirtschaftliche Strategieanlage» brachte auch für den Stadtrat ziemlich Erstaunliches zutage, wie Böhni am letzten Freitag im Einwohnerrat berichtete.

Eine erste Erkenntnis war, dass die Stadt punkto Landwirtschaftsland Grossgrundbesitzerin ist, umfasst der Besitz doch 152 Hektaren. In der Folge referierte Böhni in epischer Breite zur Strategie. Daraus seien hier einige Punkte erwähnt (siehe auch «Steiner Anzeiger» vom 30. Januar 2024).

Dazu gehört die zweite Erkenntnis. Wollte man die im Besitz der Stadt befindlichen Höfe Oberwald 1 und 2, dazu Unterwald und das Rhigüetli entsprechend sanieren, entstünden Kosten im Bereich von 6,75 bis 8 Millionen Franken. Die aus den Betrieben resultierenden Pachteinahmen würden die Kosten nicht annähernd decken.

Die aufwendig erarbeitete und in sich schlüssige Strategie sieht deshalb Tausch und Verkauf vor. Böhni betonte, das Einverständnis der Landwirte liege vor. Ein Tausch betrifft den Besitzer des Erlenhofs. Er soll den Unterwald bewirtschaften, während der Erlenhof mit seiner Hanglage und in der Nähe der Trinkwasserquellen verkauft und mit den entsprechenden Auflagen weiterbetrieben werden soll. Zudem soll es zu einem Tausch zwischen Baumgarten und Rhigüetli kommen. Der Baumgarten, am Rand der Altstadt gelegen, käme in den Besitz der Stadt. Er arrondiere den bereits bestehenden Besitz der Stadt, wie Böhni darlegte, und böte Möglichkeiten für die städtebauliche Entwicklung, beispielsweise

Schulbauten. «Wir beurteilen die Absicht der Strategie positiv», holte Markus Vetterli (SP) zu einer längeren Antwort aus. Er betonte die ökologischen Aspekte insofern, als er bemängelte, man habe vergessen, dass das Landwirtschaftsland im Ober- und Unterwald auch für Solaranlagen dienen könnte. Seine Ausführungen gipfelten darin, dass man das Land nicht aus der Hand geben solle. «Wer besitzt, ist am Drücker», sagte Vetterli und bezog sich damit auf eventuelle Umzonungen zu Bauland, die er befürchtete.

«Das haben dann wir in der Hand», korrigierte ihn Claudio Götz (Pro Stein), und präzisierte, dass über Umzonungen die Stimmberechtigten entscheiden. Es war auch Götz, der sich fragte, ob der Tausch zwischen Baumgarten und Rhigüetli die gleiche Brisanz aufweisen würde, wenn es nicht um den Namen des Besitzers Böhni ginge. «Bei der Landwirtschaftsstrategie wurde seriöse Arbeit geleistet», sagte er, «Behauptungen, die auftauchen, sind auch zu belegen.»

Bauberechnung schnell erledigt

Schneller erledigt waren die zwei Bauabrechnungen, einerseits für den Planungskredit für die Sanierung der Hafenanlage und den neuen Zugang zu den Schiffen, andererseits für deren Realisierung. Der Planungskredit endete mit Ausgaben von 358 000 Franken, um rund 37 000 Franken besser, als budgetiert. Die Baukosten betrugen 2 704 000 Franken und überstiegen den Kredit um 204 000 Franken. Die Mehrkosten resultierten teilweise aus Auflagen des Kantons.

Tourismuskonzept, Pontoniere und ein morscher Baum

Stadträtin Corinne Ullmann (SVP) informierte über das neue Tourismuskonzept, das unter anderem die Zusammenarbeit mit Schaffhausen Tourismus und Stein Tourismus regelt.

Böhni gab bekannt, dass mit dem Pontonierfahrverein ein neuer Vertrag über die Nutzung der Hütte unterzeichnet wurde. Die öffentlichen Interessen seien nicht tangiert.

Dass an der Schiffflände ein morscher Baum gefällt werden müsse, gab Irene Gruhler Heinzer (SP) bekannt.

Ursula Junker

LESERBRIEFE

Echte Demokratie

An der Informationsveranstaltung zur Steiner Schiffflände wurde auch hinterfragt, was demokratisch sei. Eine Äusserung dazu lautete: «Was ist demokratisch? Hier gibt es auch die Bürger und nicht nur die Gastwirte. Also die Interessen der gesamten Bevölkerung.»

Was aber möchte die Mehrheit der Bevölkerung? Im Moment haben wir bei der Abstimmung über die Schiffflände nur die Wahl zwischen gar nichts und dem vorgegebenen Projekt. Das tönt eine wenig nach «friss oder stirb».

Warum können wir nicht über zwei Varianten abstimmen und jene wählen, die uns besser gefällt? Das Resultat würde dann wohl grossmehrheitlich akzeptiert und wir stünden auch nicht vor einem möglichen Scherbenhaufen.

Der Einwohnerrat sowie der Stadtrat wären jetzt gefordert, zwei Varianten zur Auswahl vorzulegen. Das wäre für mich echte Demokratie.

Guido Lengwiler, Stein am Rhein

Eine gute Lösung finden

Anhand des Klatschens würde ich sagen, dass 40 Prozent der Anwesenden eine Änderung des Projekts an der Schiffflände wünschen: Die Gastro soll an der Fassade bleiben. Ich kann jetzt nicht verstehen, dass man ihnen nicht entgegenkommen will. So könnte dann an der Urne ein «Ja» von ca. 80 Prozent, statt vielleicht 53 Prozent, entstehen, mit dem grossen Vorteil, dass die Stimmung im Städtchen wesentlich besser wäre. Bei diesem Projekt haben wir die Möglichkeit, eine wirkliche Win-win-Lösung zu finden. Dies sollten wir tun. Ich frage mich, wem würde da ein Zacken zur Krone rausfallen, wenn man das Projekt so anpassen würde?

Ich kann auch nicht verstehen, warum wir in der Landwirtschaftsstrategie das Überleben der vier Landwirte als Hauptpunkt aufführen, und gleichzeitig ist es uns egal, dass an der Schiffflände die etwa 60 Arbeitsplätze doch ziemlich sicher geschwächt werden.

Thomas Böhni, Stein am Rhein